



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

I/VI/165 - 19.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Spanienbesprechungen im Zwielficht	S. 1
Parteifinanzierungen in USA	S. 3
Die Macht des Verbrauchers	S. 4

Fragwürdiger Bundesgenosse

H.F. Die Besprechungen des amerikanischen Stabschefs, Sherman, mit General Franco über die Benutzung militärischer Stützpunkte in Südspeanien durch amerikanische Streitkräfte sind in der Welt mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Frankreich und Großbritannien haben offen zum Ausdruck gebracht, daß sie diesen Schritt nicht billigen. Wie im Falle MacArthurs steht die Überlegung im Vordergrund, ob Politik nicht eine Sache der Politiker und nicht der Militärs bleiben solle, als auch die Erkenntnis, daß, was militärisch angeblich notwendig erscheint, nicht unbedingt politisch klug oder gar vorteilhaft zu sein braucht.

Sicherlich, die Vereinigten Staaten von Amerika tragen in materieller, das heißt in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, die Hauptlast des Kampfes gegen den die Welt bedrohenden Kommunismus. Sie lassen sich daher ungern Vorschriften darüber machen, wen sie in diesem Kampf zum Bundesgenossen machen sollen. Man könnte sogar argumentieren, daß derartige nüchterne militärische Abmachungen nicht mit einer politischen Anerkennung des Franco-Regimes gleichzusetzen sind. Wenn aber die Völker der Welt zur politischen und moralischen Verurteilung des Totalitarismus aufgerüttelt werden sollen, wird man einer derartigen Beweisführung schwer folgen können. Werden die

spanischen Anhänger des faschistischen Totalitarismus wirkliche und zuverlässige Bundesgenossen im Kampfe gegen die Anhänger des kommunistischen Totalitarismus sein ?

Man fühlt sich in die Zeit von 1936 zurückversetzt, als eine englische konservative Regierung mit Hitler-Deutschland ein Flottenabkommen traf. Es stellte sich allzu bald heraus, daß dieses Abkommen weder militärisch noch politisch richtig war. Hingegen wurde damals in Deutschland und außerhalb allen Hitlergegnern durch dieses Vorgehen ein ungeheurer Schlag versetzt. Man stelle sich vor, was heute die Widerstandskämpfer in Spanien empfinden müssen, wenn das Franco-Regime, durch die jüngsten Geschehnisse (Streiks, etc.) sowieso stark erschüttert, durch militärische und wahrscheinlich nachfolgende wirtschaftliche Maßnahmen seitens der USA entscheidend gestützt wird. Hier ist man im Begriff, eine politische Potenz zu schwächen, die man im Kampf für die Demokratisierung der Welt nicht entbehren kann. Die Gefahr, daß die anti-Francokräfte dadurch dem Kommunismus in die Arme getrieben werden, ist nicht zu unterschätzen, der militärische Gewinn für die Atlantikpakt-Mächte jedoch äußerst zweifelhaft.

Das Vorgehen Shermans hat der Kriegspsychose in der Welt zu einem neuen Höhepunkt verholfen. Die Erhaltung des Friedens jedoch wird entscheidend davon abhängen, daß die Weltdemokratien erkennen, wer ihre Bundesgenossen sind. Franco-Spanien ist es nicht.

+ + +

Am R a n d e

Am 6.11.1950 beschloß die Vollversammlung der UNO, die Empfehlung zur Abberufung der Botschafter und Gesandten aus Madrid aus dem Jahre 1946 mit 38 gegen 10 Stimmen bei 12 Enthaltungen zurückzuziehen. - Am 7.11.1950 erklärte Präsident Truman zu diesem Beschluß, es werde "sehr lange Zeit dauern", bis ein amerikanischer Botschafter nach Madrid komme. - Am 27.12.1950 gab Präsident Truman die Ernennung von Senator Griffis zum amerikanischen Botschafter in Spanien bekannt.

+ + +

Der finanzielle Hintergrund

H. New York, im Juli 1951

In den Vereinigten Staaten wurde eine von der SPD kürzlich auch im Bundestag vorgeschlagene Überführung der an politische Parteien und ihre Kandidaten durch Wirtschaftskreise und andere Organisationen vermittelten Gelder durchgeführt. So konnte festgestellt werden, daß allein drei Milliardärsfamilien, und zwar die Du Pont, die Inhaber des größten Chemietrusts der Staaten, die bekannte Familie Rockefeller und die Mellon, Hauptaktionäre der Stahlindustrie, im Jahre 1950 der republikanischen Partei 164000 Dollar, das sind Dreiviertelmillion Deutsche Mark, zur Verfügung stellten. Für Propagandakampagnen gegen soziale Gesetzesvorschläge und gegen die Aktionen der Gewerkschaftsbewegung gab bemerkenswerter Weise die "American Medical Association", eine Organisation nordamerikanischer Arztkoryphäen, die höchsten Beträge und ließ sich so zum Beispiel ihren Feldzug gegen das dem Kongreß vorliegende Sozialversicherungs-Gesetz nicht weniger als 1.326000 Dollar oder über fünf Millionen Deutsche Mark kosten.

Das "Comittee for Constitutional Government", ein "Komitee für konstitutionelle Regierung", das unter "konstitutionell" alles versteht, was die Mitwirkung der Gewerkschaften in Politik und Wirtschaft verhindert, verbrauchte 9.222000 Dollar oder mehr als dreieinhalb Millionen Deutsche Mark in einer Propagandaachlacht, in der die Öffentlichkeit von der "Ungesetzlichkeit" der bestehenden gewerkschaftlichen Organisation überzeugt werden sollte, um danach die Tariffähigkeit der Gewerkschaften als "unkonstitutionell" darstellen zu können.

Die Wahl des republikanischen Senators Taft, eines der erbittertsten Feinde der Arbeiterbewegung in Amerika, hat die republikanische Partei nicht weniger als vier Millionen Dollar gekostet. Der Ehrenpräsident der nationalen Textil-Arbeitgeberorganisation, Hawkes, trug mit 500000 Dollar zu diesen Wahlkosten bei, ein Mr. Weatherhead, Großindustrieller des Staates Cleveland, sammelte über eine Million Dollar bei den Industriellen dieses Staates.

Auch bei dieser Wahl haben sich wieder besonders die ärztlichen Organisationen und die Heilmittel-Industrie auf Seiten der Republikaner gestellt. Taft, von dem man weiß, daß er die Gesetzesvorlagen über Krankenversicherung und Heilmittel-Preiskontrolle auf das schärfste bekämpfen wird, erhielt aus diesen Kreisen mehr als 300000 Dollar für seinen Wahlfond.

Diese wenigen Daten schon zeigen, wie aufschlußreich es ist, feststellen zu lassen, wer für einen Kandidaten oder eine Partei "gezahlt" hat. Das Prinzip einer möglichst umfassenden Offenlegung der Finanzierungsquellen einer Partei sollte Schule machen. Wenn es auch vielleicht nicht von entscheidendem unmittelbarem Nutzen ist, da solche Zahlungen schließlich nicht ungesetzlich sind, soweit steuerliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden, so werden durch die Klarstellung doch wichtige politische Zusammenhänge sichtbar gemacht. Das allein ist schon wichtig genug.

+ + +

Die Macht des Verbrauchers

(sp) Eine Welle schärfster Mißbilligung und Ablehnung gegen eine Politik, die sich gegen den Verbraucher von Konsum-Gütern, nicht aber von Luxusartikeln, richtet, geht durch die Bevölkerung - nicht nur in Deutschland. "Wie lange werden denn noch die Behörden die Hilferufe der Verbraucher unberücksichtigt lassen?", fragt ein amerikanisches Genossenschaftsblatt und aus England werden Käuferstreiks gemeldet.

Es ist ganz klar, daß besonders die Regierung der Bundesrepublik in ihrer Wirtschaft, das heißt vor allem in ihrer Lohn- und Preispolitik, den Weg des geringsten Widerstandes geht. Deshalb fordert sie von dem Durchschnitts-Verbraucher die schwersten Opfer, obwohl der am wenigsten in der Lage ist, sie zu tragen. Aber die Widerstände gegen diese Politik werden immer sichtbarer, auch die Regierung wird sie auf die Dauer nicht einfach beiseiteschieben können. Dieses Millionenheer von Verbrauchern beginnt sich seiner Macht immer deutlicher bewußt zu werden. Zusammen-